

sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXIX/11

16. Januar 1974

Eine Bilanz der Nüchternheit und Perspektive

Zum neuen "Weißbuch 1973/1974" der Bundeswehr

Von Werner Buchstaller MdB

Obmann des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Seite 1 und 2 / 48 Zeilen

Die DDR und ihr "Feindbild"

Ostberlin braucht noch seine Säbelrassler

Seite 3 / 38 Zeilen

Sorge um das Ansehen der CDU

Carstens stoppte den Fraktionscowboy Reddemann

Seite 4 / 31 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee E-19
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kahnstr. 11 - 112 T | Fon: 272511

Eine Bilanz der Nüchternheit und Perspektive

Zum neuen "Weißbuch 1973/1974" der Bundeswehr

Von Werner Buchstaller MdB

Obmann des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Bundesverteidigungsminister Georg Leber hat das dritte Verteidigungs-"Weißbuch" dieser sozial-liberalen Regierung vorgelegt. Die Durchführung und Fortschreibung der sicherheitspolitischen Grundsätze der vorangegangenen Regierungserklärungen von Bundeskanzler Brandt, die von den Fraktionen der Regierungspartei mitgetragen werden, finden darin ihren Niederschlag. Die Erfolgsbilanz auf den Gebieten der internationalen Lage, Bundeswehr und Gesellschaft, Leistungsstand der Truppe und Perspektiven der Wehrstruktur nimmt sich gut aus. Denn wir können uns noch alle an den dürftigen Zustand der Bundeswehr erinnern, als Helmut Schmidt die Verantwortung 1969 über dieses Ressort übernommen hatte. Zudem hält das von CDU-Minister Dr. Gerhard Schröder herausgegebene erste Verteidigungs-"Weißbuch" in der Qualität keinerlei Stand mit den international beachteten Weißbüchern dieser Regierung.

Daher bleibt die Stellungnahme der Opposition zum "Weißbuch 1973/1974" unverständlich, ziellos und hochmütig, wenn sie behauptet, dieses Dokument sei nur ein "unergiebiges Papier". Aber es ist freilich nicht das erste Mal, daß die Unions-Parteien große Lücken ihres Erinnerungsvermögens in aller Öffentlichkeit demonstrieren!

Das neue "Weißbuch" verdeutlicht die enge Verzahnung von Außen- und Sicherheitspolitik und führt den Beweis für die Richtigkeit des praktizierten Konzeptes dieser Regierung, die Sicherheitspolitik von den Eckpfeilern der Entspannungs- und Verteidigungspolitik tragen zu lassen. In diesem Zusammenhang kann nicht übersehen werden, daß der Zuschnitt der Bundeswehr und der Zustand des NATO-Bündnisses wesentlich von den international

geführten Konferenzobjekten KSZE und MBFR abhängen. Daher ist es zu begrüßen, daß die Bundesregierung auch weiterhin engagiert und zielbewußt an diesen Konferenzen mitarbeiten will. Denn der Schlüssel für etwaige wirkungsvolle und den Frieden stabilisierende Rüstungskontrollmaßnahmen liegt nicht im nationalen Tresor in Bonn, vielmehr ist er auf internationaler Ebene in Wien und Genf zu suchen. In diesen Rahmen muß auch das Geleitwort von Bundeskanzler Willy Brandt gesetzt werden, der den Soldaten für ihre tägliche Pflichterfüllung dankt und feststellt: "Die Bundesregierung wird jede Chance für Entspannung und damit für mehr Sicherheit nutzen. Sie wird aber zugleich jedes Risiko vermeiden, das Sicherheit wie Entspannung und schließlich unsere Freiheit gefährden könnte".

Im NATO-Vergleich schneidet die Bundeswehr bei Leistungswettbewerben gut ab. Die Soldaten der Bundeswehr brauchen hierfür keine gesonderte ideologische Motivation und kein Feindbild. Diese Tatsache spricht für die Überzeugungsfähigkeit unserer Staatsverfassung und erlebten Demokratie. In diesem Lernprozeß haben die Verteidigungs-Weißbücher der letzten Jahre einen entscheidenden Beitrag für eine sachliche Aufklärungsarbeit geleistet.

Das Verteidigungs-"Weißbuch 1973/1974" enthält auch weitgespannte Informationen für die interessierte Öffentlichkeit. Die unbequemen Sachaussagen z.B. über das europäische Kräfteverhältnis sind ungeschminkt und werden bestimmt zur Diskussion anregen. Das weckt wiederum Interesse in der Bevölkerung an sicherheitspolitischen Problemen. Somit wird die "militärische Vorsorge" der Bundesrepublik Deutschland nicht nur den Experten und Soldaten überlassen, sondern vom Großteil der Bevölkerung mitgetragen und die Entwicklung der Streitkräfte kritisch mitbegleitet. (-/16.1.1974/ks/pr)

+ + +

Die DDR und ihr "Feindbild"

Ostberlin braucht noch seine Säbelrassler

"Wir brauchen kein Feindbild, das gegen irgend jemand gerichtet ist", betonte Bundesverteidigungsminister Georg Leber bei der Vorlage des neuen "Weißbuches" der Bundeswehr. Zur Verteidigung der eigenen Position bedürfe es nicht des Hasses "in den Herzen jünger Menschen", sondern lediglich der Information über die Werte, die es zu sichern gelte und - wie die Dinge mal liegen - der Kenntnis des Kräfteverhältnisses zwischen Ost und West. Von einer ganz anderen Konzeption geht man im anderen deutschen Staat aus.

Ob es sich um den Parteichef, den zuständigen Minister oder einen sonstigen SED-Würdenträger handelt, bei jeglicher Ansprache vor den bewaffneten Kräften, aber auch in fast jedem Bereich organisierter Jugend wird in der DDR nach wie vor der Popanz des "Klassenfeindes" und Bedrohers der Sicherheit der Republik im kapitalistischen Westen - namentlich in der Bundesrepublik - mit einer bestürzenden und oft auch lächerlichen Verbissenheit attackiert. Der Begriff "Haß" wird hier ausdrücklich in positivem Zusammenhang gebraucht. Dieser Haß und das mit ihm verbundene "Feindbild" (letzteres wird häufig im direkten Sinne in Form von Fotos den jungen Leuten vor Augen gehalten) sind fester Bestandteil, man kann sagen Klischee, jeder einschlägigen Festrede und jedes Zeitungsartikels, der sich mit der Truppe befaßt.

Wie sich die Werktätigen in den Betrieben zu vermehrter Produktion, so verpflichten sich die NVA-Streitkräfte zu mehr Wachsamkeit gegenüber dem westlichen Feind, zu mehr Haß auf ihn. Würde man alle diese Bekundungen ernst nehmen, so müßte man daraus schließen, daß die DDR sich im permanenten Kriegszustand befände. Aber so martialisch das Ganze klingt, so propagandahaft blechern leer ist es in Wirklichkeit; einmal davon abgesehen, daß es echte Militaristen und Säbelrassler natürlich auch dortzulande gibt. Die Pflichtkenntnisse im verteidigungspolitischen Bereich der DDR sollen genau wie die im ökonomischen, aber auch jedem anderen das ersetzen, woran es auch nach einem Vierteljahrhundert SED-Staat noch immer gebricht: die wirkliche Verbundenheit des Bürgers mit diesem Staat und allen seinen Organen.

Der ununterbrochene Antrieb der Menschen zu irgendwelchen besonderen Leistungen, Wettbewerben oder auch nur Solidaritätsbekundungen ist ein Surrogat für echtes Bürger-Engagement und wird auch als solches empfunden. Das Leben eines DDR-Deutschen - SED-Mitglieder inbegriffen - besteht denn auch aus zwei Teilen: dem offiziellen, zur Schau gestellten, propagandistischen und dem eigentlichen, dem privaten, dem abgekehrten und somit notwendig häufig fast biedermeierlichen Sektor. Eine Synthese zwischen beiden zeichnet sich noch nicht ab. Sie wird auch schwerlich mit den Mitteln der Propaganda allein herzustellen sein.

(pr/16.1.1974/ks/pr)

+ + +

Sorge um das Ansehen der CDU

Carstens stoppte den Fraktionecowboy Reddemann

Das Kriegsgeschrei des großen CDU-Kämpfers Gerhard Reddemann ist jäh verstummt. Noch hat man seine vehemente und unfaire Verbalattacke gegen die Bundestagspräsidentin im Ohr, die es gewagt hatte, anzukündigen, daß sie in absehbarer Zeit eine Delegation des DDR-Abgeordnetenhauses zu Gesprächen nach Bonn einladen würde. Der Parlamentarische CDU-Fraktionsgeschäftsführer schrie Verrat und kanzelte Frau Renger ab, weil sie sich unterfange, den Bundestag mit einem Un-Parlament auf eine Ebene zu stellen und freigewählte Bundestagsabgeordnete mit kommandierten Leuten. Die Springer-Presse applaudierte und die CSU schob noch einige Knallfrösche hinterher. Es schien, als sei der erste politische Eklat des Jahres 1974 ausgebrochen.

Und nun ist alles nichts gewesen. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Prof. Karl Carstens, hat vor versammelten Abgeordneten der beiden Unions-Parteien mitgeteilt, daß er zu einem Gespräch mit den DDR-Abgeordneten bereit sei, die die Bundestagspräsidentin einladen wolle. Er würde sich die Gelegenheit zu einem Gedankenaustausch mit den Ostberlinern nicht entgehen lassen.

Die Stellungnahme von Prof. Carstens ist vernünftig, sachlich und politisch selbstverständlich. Wenn sich die politische Führung in Ostberlin entschließen sollte, der Einladung von Frau Renger zu entsprechen und eine repräsentative Vertretung des DDR-Abgeordnetenhauses nach Bonn zu entsenden, dann wird es also jetzt zu Gesprächen zwischen den Ostberlinern und allen Sprechern der drei Bonner Bundestagsfraktionen kommen. Vielleicht noch mit Ausnahme der CSU, aber das schlägt kaum zu Buch.

Mit der Aussage von Prof. Carstens ist eine der dümmsten Politseifenblasen geplatzt, die Bonn in der letzten Zeit miterleben mußte und die dem politischen Bild der Hauptstadt der Bundesrepublik wieder etwas Abbruch getan hat. Die CDU wird sich aber die Frage stellen müssen, wie lange sie es zulassen will, daß von einigen ihrer "Sprecher" bei jeder unpassenden Gelegenheit emotional aus der Hüfte geschossen wird, bevor sie überhaupt nachgedacht haben. Dem Zusammenleben zwischen Koalition und Opposition würde eine solche vernünftige Methode sicher gut tun. Und dem Ansehen und dem Ruf der CDU auch.

(ee/16.1.1974/ks/pr)